

## Von der Demokratie zur Demokatur

### Liebe Kolleginnen & Kollegen!

Noch am Montag, den 20. März 2023, sind die beiden Misstrauensanträge gegen Macrons Regierung unter Premierministerin Elisabeth Borne in der Französischen Nationalversammlung gescheitert. Am Ende fehlten für den von fast allen Oppositionsfraktionen unterstützten Antrag nur neun Stimmen. Neben der kleinen, 20köpfigen LIOT-Fraktion aus Liberalen, Unabhängigen & Regionalisten, die jenen Misstrauensantrag eingereicht hatte, der linken NUPES und den Rechtspopulisten von Marine Le Pens Rassemblement National (RN) votierten auch 19 Parlamentarier der konservativen "Les Républicains" gegen die Exekutive.

Letztlich ist dieser Ausgang keine große Überraschung, auch wenn das Ergebnis knapper ausfiel als erwartet. Die von Macron mit Hilfe des Notstandsartikels 49.3 am Parlament vorbei durchgesetzten Rentenabbaupläne gehen auf die Forderung des wichtigsten Kapitalistenverbandes MEDEF zurück und diesem Klasseninteresse sind die frz. "Republikaner" und auch ein Großteil ihrer Wählerbasis verpflichtet. Sie sind Fleisch vom Fleische der arrivierten Teile der Bourgeoisie jenseits des Rheins. Insofern war die Weigerung der übrigen 44 "Républicains"-Deputierten, die Regierung, trotz des undemokratischen Vorgehens, nicht zu stürzen, nur konsequent. Nach dem unausgesprochenen Motto: "*Opfer müssen gebracht werden.*"

Bislang haben wir uns im Zusammenhang mit der Massenbewegung gegen Macrons Renten-Demontage vor allem mit den Gewerkschaften, Streiks und Straßenprotesten beschäftigt. Doch auch die allgemeinpolitische / verfassungsmäßige Seite der Angelegenheit verdient Beachtung, weil hier erhebliche Veränderungen in der Form bürgerlicher Herrschaft in einem "*Grundpfeiler der Europäischen Union*" zu Tage treten.

Das bemerkt auch der "*70 Jahre alte Liberale und überzeugte Europäer aus einer wohlhabenden Aristokratenfamilie*" Charles De Courson. Der Vorsitzende der LIOT-Fraktion, der die "Eliteschmiede ENA" absolvierte und einst "*als Berater für den damaligen Industrieminister Alain Madelin arbeitete*", "*wird seit 1993 in seinem Wahlkreis im Süden von Reims ununterbrochen gewählt und hält den Rekord des längsten Abgeordnetenmandats in der Nationalversammlung*" ("Frankfurter Allgemeine Zeitung" 20.3.2023).

Was linke, sozialistische oder gar revolutionäre Ansichten und Bestrebungen anbelangt, ist dieser "*etwas altmodisch wirkende Abgeordnete mit dem sauber gekämmten Seitenscheitel*" gänzlich unverdächtig. Und doch attestiert er Macron und seiner Regierung eine "*Verweigerung der Demokratie*", "*intellektuelle Arroganz*", "*Verachtung für Gewerkschaften und andere vermittelnde Instanzen*" sowie das Fehlen sozialer Rücksichtnahme (FAZ, ebenda).

In seiner Rede in der Nationalversammlung, mit der er die Misstrauensmotion begründete, warf er Premierministerin Borne vor, sie habe den "Geist der Verfassung" verraten und fragte: "Wie kann man eine solche Verachtung für das Parlament akzeptieren?" Im Übrigen fehle von sozialer Gerechtigkeit jede Spur. Die von Macron versprochene Mindestrente von 1.200 Euro für alle habe sich als Lüge entpuppt. Die Reaktion der Macron-Partei war entsprechend: "Parlamentspräsidentin Yael Braun-Pivet ließ ihn nicht aussprechen, sondern forderte ihn auf, das Redepult zu verlassen." (FAZ 21.3.2023)

Dieser Klartext des "etwas altmodisch wirkenden Abgeordneten" De Coursions hat sicherlich auch mit seinen persönlichen Erfahrungen zu tun: "Sein Großvater mütterlicherseits hatte als Abgeordneter 1940 gegen die Vollmachten an Pétain gestimmt. Er wurde deportiert und starb im Konzentrationslager Neuengamme. Auch Coursions Vater Aymard war Widerstandskämpfer und wurde von der Gestapo gefoltert, überlebte aber." (FAZ 20.3.2023)

Selbst der "Frankfurter Allgemeine", d.h. dem wichtigsten Sprachrohr der Bourgeoisie in Deutschland, wird angesichts dieser Vorgänge bei den Achsenbrüdern in Paris etwas unbehaglich.

In einem am 22.3.2023 auf der ersten Seite erschienenen langen Leitartikel wirft sie Emmanuel Macron vor: "... anstatt eine Koalition der Vernünftigen zu schmieden und sich in den Unternehmen, den Arbeitgeberorganisationen und der reformbereiten Gewerkschaft CFDT Unterstützung zu sichern, ist Macron wie ein Alleinherrscher vorgeprescht (...), hat er dem Land die Reform oktroyiert. Er hat (...) den Eindruck eines 'permanenten Staatsstreichs' heraufbeschworen. (...) Aber es zeugt vom fehlenden politischen Gespür. Macron demonstriert seine Unfähigkeit, dem Anspruch auf politische Teilhabe in einer aufgeklärten, pluralistischen Gesellschaft gerecht zu werden. Die Wut darüber ist immens."

Fazit: "So kann es nicht weitergehen. Will Macron seine zweite Amtszeit retten, muss er seine Amtsführung neu ausrichten und dem Parlament mehr Gestaltungsmöglichkeiten überlassen." Konkret solle er versuchen, die "44 Republikaner, die seine Regierung nicht stürzen wollten", als "Koalitionspartner" mit ins Boot zu holen und sich so eine, wenn auch knappe parlamentarische Mehrheit zu sichern. Andernfalls "droht Frankreich in einem ständigen Unruhestand zu verharren".

Das ist ein ziemlich dezidierter Vorschlag, die Spur des repressiven, nicht-parlamentarischen Notstandsstaates zu verlassen und eine halbwegs normale bürgerlich-demokratische Herrschaftsform wiederherzustellen.

Schaut man sich allerdings die im Wesentlichen vom Diktat der Troika bestimmte Regierungspraxis und das schräge Wahlrecht in Griechenland spätestens seit 2008 oder die diversen, vom jeweiligen Staatspräsidenten, auf Druck der EU eingesetzten "Techniker-Regierungen" unter Leitung von Dini, Monti, Draghi & Co. in Italien oder die Corona-Politik in Deutschland von 2020 bis 2022 unter Umgehung der

Parlamente und Außerkraftsetzung diverser Grundrechte (bis hin zu allgemeinen Demonstrations- & Versammlungsverboten + Ausgangssperre) an und berücksichtigt andererseits die massiven Opfer, die den Lohnabhängigen abverlangt wurden und werden, weil man Steuererhöhungen zulasten der Reichen vermeiden möchte, dann ist die Frage, ob das immer und überall so ganz demokratisch und sozialpartnerschaftlich durchsetzbar ist.

Aus Anlass der Entwicklungen in Frankreich und vor dem Hintergrund der italienischen Erfahrungen beschäftigt sich im folgenden Leitartikel der kommunistischen Online-Tageszeitung "Contropiano" vom 21. März 2023 mit dem Übergang von der bürgerlichen Demokratie zur "Demokratur".

"Contropiano" wird vom Rete dei Comunisti (Netzwerk der Kommunisten) herausgegeben, dessen Wurzeln in der Arbeiterautonomie-Revolution von 1977 / 78 in Rom liegen, und steht der größten Basisgewerkschaft USB nahe, die vom Rete dei Comunisti mit aufgebaut wurde.

GEWERKSCHAFTSFORUM HANNOVER

---

"Contropiano" 21. März 2023 (11:08)

**Editorial:**

## **Die Demokratur ist da**

***Dante Barontini***

Seit geraumer Zeit - und mit noch größerer Intensität seit dem Beginn der russischen Invasion in der Ukraine - bombardieren uns westliche Politiker, Medien und "Experten", die sich durch strikte euro-atlantische Linientreue auszeichnen, mit der Dichotomie "Demokratien gegen Autokratien".

Erstere sind natürlich die "freien Länder" des neoliberalen Westens, letztere alle anderen in der Welt, unabhängig von der Art des herrschenden politischen Regimes.

An der Ernsthaftigkeit dieser Dichotomie sollte man ernsthafte Zweifel hegen, denn was hier im Westen geschieht, kann kaum als vollständig "demokratisch" bezeichnet werden.

Das deutlichste Beispiel kommt dieser Tage aus Frankreich. Eine Regierung ohne Parlamentsmehrheit setzt eine Rentenreform durch, die allen Umfragen zufolge von mehr als zwei Dritteln der Bürger abgelehnt wird.

Noch deutlicher wird dies auf den Straßen, wo der Volkszorn immer härter von einer Polizei bekämpft wird, die sich ausdrücklich auf die Überwachung der Macht und der "Reichen" reduziert. (Macron ist ihr Präsident, wie alle sagen.)

Das französische Parlament (die Nationalversammlung) konnte nicht einmal über diese Reform abstimmen, weil sich die Regierung auf den berüchtigten Artikel 49.3 der gaullistischen Verfassung (die Grundlage der Fünften Republik) berief, der es ihr erlaubt, den in einer Demokratie als Ort der gesetzgeberischen Gewalt geltenden Bereich zu umgehen.

Wenn aber die Gesetze von der exekutiven Gewalt - also der Regierung - gemacht werden, befinden wir uns bereits außerhalb des seit Tocqueville entworfenen demokratischen Rahmens und betreten die undurchsichtige Welt der Demokratie. Das heißt, jene Regime, in denen man zwar noch jede Partei wählen kann, aber nur noch wählen kann, von wem man auf der konkreten Ebene schikaniert und auf der konkreten Ebene drangsaliert werden will.

Um zu begreifen, wie gravierend das Geschehen auf der Ebene der "Grundprinzipien" zu verstehen, genügt es, sich zu vergegenwärtigen, dass eine Mehrheit im Parlament erforderlich ist, um einen Misstrauensantrag gegen die Regierung zu verabschieden, während diese nicht erforderlich ist, um ein Gesetz zu verabschieden, gegen das das Land ist.

(...)

Schließlich verließen die Abgeordneten von Macrons Fraktion (Renaissance) vor der Debatte und der Abstimmung den Plenarsaal und ließen Premierministerin Elisabeth Borne allein zurück, um sich nicht im Fernsehen zu zeigen und so zur Zielscheibe des Volkszorns in den Wahlkreisen zu werden, in denen sie gewählt worden waren.

Die Straße hatte ihrerseits gewarnt: "*Entweder der Misstrauensantrag oder die Blockade!*"

Eine Alternative, die von Méléchon selbst in einer politischeren Form vorgeschlagen wurde: "*Wenn ihr nicht mehr Gewalt wollt, akzeptiert die Demokratie.*"

Es gibt wenig Grund darum herumzureden: Diese Dichotomie Demokratie / Autokratie und die ganze Erzählung, die sie begleitet, hält nicht mehr stand: sie ist nicht mehr gültig. Wir brauchen uns auch nicht daran zu erinnern, dass auch in den so genannten Autokratien das Volk abstimmt, mit teils anderen, teils ganz ähnlichen Formen (z. B. in Russland, Iran usw.).

Stattdessen muss die Aufmerksamkeit und Kritik gerade auf die entwürdigende Rückentwicklung der "parlamentarischen Demokratie" - hier im kapitalistischen Westen, wo sie erfunden wurde - gerichtet werden.

Macron hat in seinem Land das getan, was die Europäische Union fast jeden Tag tut: Er hat Gesetze verabschiedet, die von der exekutiven Gewalt vorgelegt wurden, weil

das nutzlose Parlament in Straßburg nicht einmal formell die legislativen Gewalt besitzt.

Kurz gesagt, die Abgeordneten können nicht einmal einen Gesetzentwurf vorlegen. Sie billigen lediglich (und manchmal auch nicht), was die Kommission (die europäische Regierung) beschließt, und verbringen ihre Zeit damit, "demokratische" und "Menschenrechts"-Berichte zu erstellen, wofür sie sich sogar bestechen lassen.

Aber undemokratische Zwänge sind inzwischen Form und Inhalt der Governance auf dem Alten Kontinent. Seit fast 30 Jahren machen wir die Erfahrung, dass es unabhängig von der Farbe der Regierung unmöglich ist, etwas Substantielles in den entscheidenden Politikbereichen Haushalt, Wohlfahrt, Arbeitsmarkt usw. zu beschließen.

Kann uns auf dieser Ebene jemand den "Unterschied" zwischen einer Regierung Meloni, Draghi, Letta, Renzi, Berlusconi, Prodi usw. zeigen?

Mit jeder Regierung - und mit jedem Schritt vorwärts in der Systemkrise des neoliberalen Westens - wird ein Schritt in Richtung der Durchsetzung einer Macht vollzogen, die keine Beschränkungen oder "Langatmigkeiten" bei der Unterstützung der Interessen von Konzernen, Banken und der angeblichen "politischen Klasse" duldet, die sie vertritt.

Mit der Deformierung des Begriffs "Recht" selbst, die hier in Italien mit der Regierung Meloni besonders deutlich wird. Ob es um Raves oder das Demonstrationsrecht, um Streiks oder Fußballfans, um Anarchisten oder Migranten geht, zeigt sich immer deutlicher, dass das "Recht" - nicht mehr und nicht weniger - lediglich Ausdruck des Willens der Machthaber ist.

Kurz gesagt, man verschwendet keine Zeit mehr mit dem Versuch, das zu regeln, was schon immer (je nach Zeit mehr oder weniger schwierig) einklagbare Rechte waren, sondern geht mit Verboten vor. So wird jede Inanspruchnahme dieser Rechte zu einem Anlass, "Alarm" zu schlagen.

Wir könnten die Geschehnisse in Israel anführen, wo selbst die einzigen Bürger mit vollen Rechten (diejenigen jüdischen Glaubens) nun täglich gezwungen sind, zu demonstrieren, um sich einem zunehmend offen faschistischen, korrupten, gierigen und daher rücksichtslos kriegstreiberischen Regime entgegenzustellen.

Wir könnten über Großbritannien sprechen, wo es nach fast 40 Jahren sozialer Resignation ebenfalls wieder Streiks gibt. Und die konservative Regierung knurrt....

Wir haben es schon so oft gesagt, dass es fast zu einer rituellen Floskel geworden ist: Die Systemkrise ist die Ursache für die Tendenz zum Krieg. Jetzt ist der Krieg da, und wir versinken jeden Tag mehr und mehr darin.

Der Krieg - zunächst von außen - bringt auch eine ihm entsprechende Ökonomie mit sich, die bestimmte Produktionen (in erster Linie Waffen und Munition) in den Vordergrund und andere in den Hintergrund rückt.

Aber der Krieg militarisiert auch die sozialen und politischen Beziehungen. Wenn es einen "äußeren Feind" zu bekämpfen gibt, ist es nicht mehr zulässig, die Entscheidungen der Führung in Frage zu stellen. Die politische Dialektik schrumpft in dem Maße, in dem Löhne und Arbeitsrechte beschnitten werden.

Das zeigt sich an der Nonchalance, mit der selbst der noch letzte Fernsehmoderator über Einwände bezüglich des geringen "demokratischen Charakters" eines Regimes - des ukrainischen - hinweggeht, das alle Oppositionsparteien verboten hat, indem er sagt: "*Aber es herrscht Krieg...*".

Die "*Krise der Demokratie*", die vor 50 Jahren von imperialistischen Denkfabriken theoretisch entworfen wurde, wird zur konkreten Realität. Die Demokratie ist da, bestenfalls getarnt durch Talkshow-Geschwätz...

**((Übersetzung: Gewerkschaftsforum Hannover))**

Siehe zum Hintergrund im LabourNet Germany das Dossier: [Frankreichs Präsident Macron will »Rentenreform« jetzt aber doch durchboxen – Gewerkschaften geschlossen im Widerstand](#)